



ROSSMANN'S ELBBLICK

AUSGABE 27, SOMMER 2020

MDB-INFOBLATT FÜR DIE KREISE PINNEBERG, STEINBURG UND DITHMARSCHEN

Jetzt kommt das Konjunkturpaket mit

Liebe Leserinnen und Leser,

Passgenau, sozial gerecht und ökologisch zukunftstauglich – mit insgesamt 130 Mrd. Euro hat der Bund das größte Konjunkturprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik auf die Schiene gesetzt. Ein Programm für Familien, für Kommunen, für Auszubildende, für kleine und mittelständische Unternehmen, für die Kultur und für die Umwelt. Und ein Programm, das erkennbar sozialdemokratische Handschrift trägt.

Wir senken die Mehrwertsteuer um drei Prozent bis Jahresende und den Strompreis dauerhaft. Deshalb geben wir in den Jahren 2021 und 2022 einen Zuschuss von elf Milliarden Euro zur Senkung der EEG-Umlage. Wir modernisieren unser Land und inves-

tieren in die Energie- und Mobilitätswende, in die Digitalisierung und in die soziale Infrastruktur, etwa in Kitas und Schulen. Wir sichern Arbeit und Ausbildungsplätze, stärken die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger und stellen Überbrückungshilfen dort bereit, wo sie am dringendsten gebraucht werden.

Familien im Fokus

Familien mussten in den vergangenen Monaten ihren Alltag wegen geschlossener Kitas und Schulen unter Extrembedingungen neu organisieren. Mit dem Kinderbonus in Höhe von 300 Euro und der befristeten Mehrwertsteuersenkung unterstützen wir sie - vor allem diejenigen mit kleinen Einkommen, denn der Kinderbonus wird nicht auf Hartz IV,



Unterhaltsvorschuss, Kinderzuschlag oder Wohngeld angerechnet. Zusätzlich investieren wir in den Ausbau von Kitas und Ganztagsbetreuung in Schulen. Neben kurzfristigen Impulsen für die Wirtschaft und einer Entlastung von Familien ist mit unserem Konjunkturprogramm also auch langfristig für die Zukunft unserer Kinder gesorgt.

Solidarpakt für Kommunen

Städte und Gemeinden müssen finanziell handlungsfähig sein, um gute Lebensbedingungen vor Ort zu ermöglichen. Mit dem kommunalen Solidarpakt

2020 können sie investieren - in Schulen und Kitas, in Sportvereine, Schwimmbäder und Bibliotheken. Die krisenbedingten Einnahmeausfälle bei der Gewerbesteuer im Jahr 2020 gleichen Bund und Länder vollständig aus. Außerdem wird der Bund künftig 75 Prozent der Kosten der Unterkunft für Bezieherinnen und Bezieher von Sozialleistungen übernehmen. Das entlastet vor allem finanzschwache Kommunen und schafft mehr Spielräume zum Investieren. So können die Kommunen gestärkt aus der Krise gehen.

(Fortsetzung auf Seite 2)

MdB im www – und auch ganz analog: der Kontakt zu Ernst Dieter Rossmann

- Homepage: edr-pi.de
- Facebook: facebook.com/ErnstDieterRossmann
- Twitter: twitter.com/edrossmann
- Post: Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB
Wahlkreisbüro
Friedrich-Ebert-Straße 34, 25421 Pinneberg

In dieser Ausgabe:

- | | |
|---------------------------------------|------|
| • Konjunkturpaket | S. 2 |
| • Schul-Digitalisierung | S. 2 |
| • Impressum | S. 2 |
| • Ausbildungsprämie | S. 3 |
| • Umbenennung Kaserne Appen | S. 4 |
| • Offshore-Windkraft | S. 5 |
| • Dokumentiert: Wissenschaftserklärer | S. 7 |
| • Hintergründiges | S. 8 |

Konjunkturprogramm Infopaket für Kommunalpolitiker*innen



Was leisten die Corona-Hilfen und das Konjunkturprogramm des Bundes für die kommunale Ebene? Darüber informiert ein Infopaket, das Ernst Dieter Rossmann für eine Online-Konferenz des SPD-Kreisverbands Pinneberg mit den Ortsfraktionen der Sozialdemokraten im Kreis zusammengestellt hat. Das Wahlkreisbüro sendet das Dokument auf Anfrage gerne zu: Bitte per Mail unter ernstdieter.rossmann@wk.bundestag.de oder per Telefon unter 04101/200639 abfordern.

Elbefonds: „Leinen los!“ für Fördergelder

Nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig am 3. Juni, die Elbvertiefung zu genehmigen, ist jetzt auch der Weg für die Fördergelder der Stiftung Elbefonds endlich frei. „Nach langen Jahren des Wartens können endlich Unterstützungszahlungen fließen, die den kleinen Unterebehörden dabei helfen, den Kampf gegen die Verschlickung zu finanzieren“, berichtet Ernst Dieter Rossmann.

Die erste Sitzung des Vergabeausschusses hat nach Angaben des Parlamentarierers am 17. Juni stattgefunden. „Ich hätte mir die Mittelfreigabe eher gewünscht, weil die Häfen an der Untereibe ja bereits seit Langem unter Verschlickung infolge vorangegangener Fahrinnenanpassungen leiden“, sagt der SPD-Abgeordnete, der in den vergangenen Jahren mit zahlreichen Veranstaltungen die Mediation zur Elbvertiefung begleitet und bei den Hamburger Bürgermeistern von Beust, Ahlhaus, Scholz und Tschentscher gleichermaßen auf die Unterstützung der Elbanlieger gedrängt hatte. „Und auch bei der Höhe der Zahlungen hätte ich mir mehr Entgegenkommen unserer hanseatischen Nachbarn gewünscht. Aber natürlich ist es eine gute Nachricht, dass es jetzt endlich heißt: „Leinen los!“, macht Rossmann deutlich.

Impressum

Rossmanns Elbblick,
Ausgabe 1/2020

Hrsg.: Jens von Häfen
Friedrich-Ebert-Str. 34
25421 Pinneberg
Tel: (04101) 20 06 39
Fax: (04101) 55 36 65

Redaktion: Jens von Häfen (V.i.S.d.P.)

Corona-Krise Jetzt kommt das Konjunkturpaket

(Fortsetzung von Seite 1)

Investitionen in neue Mobilität

Mit dem Konjunkturprogramm unterstützen wir die Automobilindustrie mit bis zu zehn Milliarden Euro auf ihrem Weg hin zu klimafreundlichen und zukunftsfähigen Antrieben. Dabei verdoppeln wir den Anteil des Bundes an der Umweltpremie für den Kauf eines Elektroautos von 3.000 Euro auf 6.000 Euro. Wir fördern mit einem Bonus-Programm

wichtige Zukunftsinvestitionen der Hersteller und Zulieferer in der Automobilindustrie und investieren zusätzliche 2,5 Milliarden Euro in den schnellen Ausbau des Ladesäulennetzes sowie in die Forschung zur Elektromobilität. Außerdem sorgen wir mit einem Flottenaustauschprogramm für Handwerker, soziale Dienste und kommunale Fuhrparks für einen zusätzlichen Modernisierungsschub.

Das ist—alles zusammen—genommen—nicht nur eine

Menge Geld, das investiert wird, sondern auch ein Programm, das an vielen Stellen Impulse gibt, die den Neustart aus der Krise unterstützen. Und von vielen Elementen des Konjunkturpakets werden wir direkt bei uns vor Ort profitieren können: Im Kita-Bereich wie in den Schulen, in kommunalen Einrichtungen bis hin zu Grünanlagen.

Nutzen wir diese Chancen!

Ernst Dieter Rossmann



Schul-Digitalisierung Auch Personalkosten werden jetzt gefördert

Wie gut das Konjunkturpaket der Bundesregierung ist, zeigt sich beim Blick auf die Details, denn da finden sich zum Beispiel für die Kommunen und Schulen sehr gute Nachrichten: Bei der Digitalisierung der Schulen werden endlich auch die Personalkosten der digitalen Modernisierung mit gefördert.

„Darauf haben die Kommunen auch im Kreis Pinneberg viel zu lange warten müssen.“ findet auch Ernst Dieter Rossmann, der über Stand und Probleme der Schuldigitalisierung mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern im Kreis im regelmäßigen Austausch steht. Rossmann: „Alle Schulen müssen in die Lage versetzt werden, Präsenzunterricht in der Schule und E-Learning zu Hause miteinander zu verbinden. Dazu braucht es auch Fortbildungen für Lehrkräfte und Fachpersonal zur Betreuung der digitalen Infrastruktur.“

Der Vorsitzende des Bildungsausschusses im Bundestag begrüßt deshalb ausdrücklich, dass mit dem Konjunkturpaket jetzt auch Änderungen beim Digitalpakt Schule kommen: „Die Bundesregierung hat auf die Fachleute gehört und der Bund wird sich in Zukunft bei der Ausbildung und Finanzierung der IT-Administratoren beteiligen. Die Länder müssen allerdings mitziehen und im Gegenzug die digitale Wei-

terbildung der Lehrkräfte verstärken.“

Voraussetzung:

Das Land muss mitziehen

„Der Bund hat seine Hausaufgaben gemacht und stellt viel Geld bereit. Jetzt müssen alle mit anpacken, damit es mit der Digitalisierung richtig voran gehen kann“, sagt Rossmann. „Das Ziel ist, dass es mit dem nächsten Schuljahr schrittweise Verbesserungen in den Schulen gibt.“



Damit E-Learning richtig klappt, braucht es auch Fortbildungen für Lehrkräfte und Fachpersonal zur Betreuung der digitalen Infrastruktur. Hierfür gibt es jetzt Geld vom Bund.

SPD-Fraktion setzt Hilfen durch

„Einrichtungen für Menschen mit Handicap werden nicht alleine gelassen!“

Die Situation der Einrichtungen für Menschen mit Behinderung wie z.B. den Werkstätten auch im Kreis Pinneberg ist der Bundespolitik und insbesondere der SPD-Fraktion nicht gleichgültig. Ernst Dieter Rossmann hat nachdrücklich eingesetzt, dass schon im kürzlich beschlossenen Konjunkturpaket auch die Einrichtungen der Behindertenhilfe besonders mit aufgeführt sind.

So sollen danach Unternehmen, die aufgrund der Abstandsregeln ihre Kapazitäten nicht voll ausschöpfen können, die Möglichkeit für Überbrückungshilfen bekommen, die sich auf eine maximale Förderung von 150.000 Euro für drei Monate belaufen kann. Rossmann: „Das löst natürlich noch nicht alle Probleme, ist aber immerhin ein konstruktiver Beitrag bei drastischen

Umsatzeinbrüchen und weiter laufenden Fixkosten.“

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich außerdem erfolgreich für eine Änderung der Ausgleichsabgabeverordnung eingesetzt so dass 70 Millionen Euro an die Werkstätten für behinderte Menschen fließen können, um den Verdienstaustausch der behinderten Beschäftigten im Rahmen der Corona-Pandemie zu kompensieren.

„Es ist gut, dass diese Regelung mit dem Koalitionspartner schnell geklärt werden konnte und noch vor der Sommerpause von Bundestag und Bundesrat beschlossen worden

Corona-Hilfen für Menschen mit Behinderungen

- ✓ Unterstützung für Werkstattbeschäftigte
- ✓ Entgeltfortzahlung für Eltern von Kindern mit Behinderungen
- ✓ Sicherstellung von sozialen Einrichtungen und Dienstleistern durch das Sozialdienstleister-Einsatzgesetz
- ✓ Förderung sozialer Dienste durch das Konjunkturprogramm

ist“, sagt Rossmann, der mit Werkstätten im Kreis Pinneberg und ihren Trägern im Dialog zu den aktuellen Problemen ist. „Gerade weil es hier nicht nur um Geldbeträge, sondern auch um Wertschätzung und Respekt vor der geleisteten Arbeit geht, ist es wichtig, dass es hier zu dieser Geste des Verstehens und der Anerkennung kommt.“



Foto: Susie Knoll

Wir verfolgen auch in der Corona-Krise weiter das Ziel der Inklusion. Denn Menschen mit Behinderungen sollen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, nicht zuletzt am Arbeitsleben.

**Hubertus Heil,
Bundesminister**

Rossmann: „Jetzt muss das Land nachziehen!“ Corona-Hilfen: Prämien für ausbildende Betriebe

Betriebe, die ausbilden, sollen beim Erhalt von Ausbildungsplätzen unterstützt werden. Das hat die Große Koalition beschlossen, um der drohenden Krise am Ausbildungsmarkt zu begegnen. Eine gute Initiative, findet Ernst Dieter Rossmann: „Das stärkt auch das Vertrauen der jungen Menschen in die Ausbildung.“ Die Grundlage legen die Beschlüssen zum Konjunkturpaket und die gemeinsame Erklärung der ‚Allianz für Aus- und Weiterbildung‘. Als Vorsitzender des Bildungsausschusses im Bundestag hatte der Parlamentarier auf das Aktivieren des Fach-Bündnisses von Bundesregierung, Ländern, Arbeitsagentur, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften schon länger gedrängt.

„Ich bin erleichtert, dass Betriebe, Auszubildende und junge Menschen, die vor einer Ausbildung stehen, jetzt mehr Planungssicherheit bekommen“, betont Rossmann, der angesichts eines gemeldeten Minus von 10 Prozent bei den Neuverträgen im Handwerk und von 20 Prozent im Bereich der Industrie- und Handelskammern in Schleswig-Holstein bereits im Mai starke Signale von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier und

Ministerpräsident Daniel Günther gefordert hatte. „Der Bund mobilisiert dabei jetzt in großem Umfang finanzielle Hilfen für Ausbildungsbetriebe. Ich hoffe sehr, dass das helfen wird, den Ausbildungsmarkt zu stabilisieren.“ Dabei müsse aber auch der Wirtschaft klar sein, dass es ohne eigene Anstrengungen nicht geht.

Auch eigene Anstrengungen der Wirtschaft gefordert

Konkret plant der Bund, kleine und mittelgroße Unternehmen, die trotz Geschäftsproblemen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie weiter im bisherigen Umfang ausbilden, mit 2000 Euro für jeden geschlossenen Ausbildungsvertrag zu unterstützen. Firmen, die mehr ausbilden als zuvor, sollen für die zusätzlichen Verträge sogar eine Prämie von 3000 Euro erhalten. Diese Summe bekommen auch Betriebe, die Auszubildende von Unternehmen übernehmen, die die Ausbildungen wegen der Pandemie nicht fortsetzen können. Das Geld soll jeweils



Der Schutzschirm für Ausbildungsplätze kommt

dann ausgezahlt werden, wenn die Probezeit der Azubis absolviert ist. Der Bund rechnet dabei mit Kosten von rund 500 Millionen Euro.

Rossmann fordert jetzt auch die Landesregierung auf, die Maßnahmen durch eigene Programme zu flankieren. „Hamburg hat bereits klargestellt, dass es keinen ausbildungswilligen jungen Menschen ohne Lehrstelle lassen will. SPD-Bildungssenator Thies Rabe hat dabei explizit von einer Ausbildungsgarantie gesprochen und auch direkt ein Instrumentenbündel vorgestellt“, berichtet der Bildungsexperte. „Schleswig-Holstein sollte da nachziehen und insbesondere die Berufsschulen massiv dabei unterstützen, sich mit erweiterten Angeboten auf die Situation einzustellen.“

Umbenennung der Appener Kaserne

Die Soldatinnen und Soldaten entscheiden mit

„Ich finde es sehr gut, dass die Luftwaffe an ihrem Standort bei uns im Kreis die Umbenennung der Kaserne beherzt angeht.“ Das sagt der SPD-Bundestagsabgeordnete Ernst Dieter Rossmann. „Ich freue mich besonders, dass die Namensfindung nicht als administrativer Akt von oben erfolgt, sondern unter Einbeziehung derer, die in der Kaserne dauerhaft beschäftigt sind.“

Die Mehrheit entscheidet – das Ministerium genehmigt

Der Parlamentarier begrüßt, dass die Appener die gerade erfolgte Inkraftsetzung des neuen Traditionserlasses der Bundeswehr für die Luftwaffe zum Anlass nehmen, zügig aktiv zu werden. „Es ist aber auch richtig, dabei nichts übers Knie zu brechen, sondern sich den neuen Namen zu erarbeiten“, findet Rossmann. Denn neben den richtigen Kriterien werde viel Recherchearbeit nötig sein, um eine Persönlichkeit zu finden, die zu unserer demokratischen Gesellschaft, zur Bundeswehr als Parlamentsarmee in einem großen Bündnis und zur Region passt. „Es ist wichtig, dass der neue Namensgeber eine Identifikationsfigur für die Appener Kameradinnen und Kameraden sein kann“, betont der Politiker.

Die Einrichtung einer Arbeitsgruppe und die abschließende

Abstimmung seien dafür genau die richtigen Schritte.

Identifikationsfigur Rolf Johannesson?

An einer anderen Stelle würde Rossmann sich unterdessen mehr vom Geist des neuen Traditionserlasses wünschen. „So wie in Appen gesagt wird ‚Marseille kommt mehr infrage‘ wäre es eigentlich auch richtig, in Mürwik zu sagen ‚Rolf Johannesson ist nicht mehr der richtige Namensgeber für den Preis an den Jahrgangsbesten der Marineschule‘“, sagt der Abgeordnete, der damit eine von Helgoland ausgehende Initiative unterstützt.

Rossmann hatte Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) aufgefordert, den 1989 verstorbenen Admiral, der in der Endphase des zweiten Weltkriegs für die Erschießung von Angehörigen der Helgoländer Widerstandszelle verantwortlich war, bei den Streitkräften nicht mehr als Vorbild einzustufen. Darauf ist jetzt eine negative Antwort eingegangen. „Dabei ist auf meine Argumentation bezüglich dieses Preises allerdings überhaupt nicht eingegangen worden“, wundert sich der Sozialdemokrat. Tatsächlich bezieht sich der für die Ministerin antwortende Parlamentarische Staatssekretär Peter Tauber in sei-



Kommandeur Oberst Michael Skamel (l.v.r.) und Oberleutnant Felix Leendertz (l.v.l.), hier bei einem Abgeordnetenbesuch von Ernst Dieter Rossmann MdB und Thomas Höck MdL im Jahr 2019, haben den Umbenennungsprozess für die Marseille-Kaserne auf den Weg gebracht. Partizipative Elemente spielen dabei eine wichtige Rolle.

nem Schreiben ausschließlich auf die ebenfalls vielfach kritisierte Aufstellung einer Büste Johannessons in der Schule. „Das ist enttäuschend, zumal das Argument, an der Büste gebe es ja eine kommentierende Tafel beim Preis völlig ins Leere läuft“, ärgert sich Rossmann. „Aber was viel wichtiger ist: Die Verleihung eines Preises an junge Menschen, die den Führungsnachwuchs unserer Marine bilden sollen, ist doch ein ganz besonderes Symbol. Und da bleibe ich dabei: Der Name Johannesson hat hier Stelle nichts verloren.“

Rossmann setzt jetzt darauf, dass sich bei der Bundeswehr insgesamt und bei den einzel-

nen Teilen der Streitkräfte im Leben mit dem neuen Traditionserlass auch eine eigene Dynamik entwickelt: „Der Umgang mit dem Konteradmiral wird bei Historikern wie auch bei den Angehörigen der Marine mit Sicherheit weiter Thema bleiben und seine Person dabei künftig hoffentlich kritischer gesehen.“

Helgoland-Trauma: Rossmann bleibt dran

Der Abgeordnete will in der Sache auf jeden Fall aktiv bleiben und auch das Gespräch mit der neuen Wehrbeauftragten Eva Högl suchen. „In der Causa Johannesson ist das letzte Wort noch nicht gesprochen“, sagt Rossmann.

SPD-Grundwertekommission:

Starke Beteiligung aus dem Norden

Ernst Dieter Rossmann gehört weiter der Grundwertekommission der Sozialdemokraten an. Da auch die Stormarner Abgeordnete Nina Scheer Mitglied des Gremiums bleibt und der Fraktionsvorsitzende der Nord-Sozialdemokraten im Landtag, Ralf Stegner, neu dazu kommt, ist die Schleswig-Holstein-SPD

mit drei Mitgliedern überdurchschnittlich stark repräsentiert. Die Grundwertekommission der SPD wird von der Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan geleitet und befasst sich mit grundlegenden weltanschaulichen und programmatischen Fragen und Entwicklungen. Sie arbeitet direkt

der Parteiführung zu. Zu Mitgliedern der Kommission beruft der Parteivorstand engagierte Köpfe aus den wesentlichen Strömungen der Sozialdemokratie, die im Dialog mit Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft Beiträge zu wichtigen gesellschaftlichen Debatten entwi-

ckeln. Das Gremium befasst sich dabei mit neuen grundsätzlichen Fragen, die über die Tagespolitik hinausreichen, berät den SPD-Parteivorstand aber auch beim Programm für die Bundestagswahl. Rossmann gehört der Grundwertekommission seit 2009 an.

Chance für Helgoland?

Berlin hat große Pläne für mehr Windkraft auf See

„Das ist ein weiterer großer Baustein für die Energiewende, der da jetzt gesetzt werden soll.“ Ernst Dieter Rossmann sieht in dem vom Bundeskabinett geplanten stärkeren Ausbau der Windkraft in Nord- und Ostsee einen zentralen Baustein für die notwendige Energiewende und für den Kampf gegen die Überhitzung der Erde. Er begrüßt gleichzeitig, dass die Bundesregierung endlich eine überzeugende Wasserstoffstrategie verabschiedet hat. Rossmann betont in einer ersten Wertung der Pläne gleichzeitig die sehr konkrete Perspektive für die einzige deutsche Hochseeinsel Helgoland. Rossmann: „In Dänemark und an anderen Orten werden künstliche Inseln für die Wasserstoffgewinnung aus Windstrom geplant. In Deutschland gibt es mit der Hochseeinsel schon jetzt einen solchen Hotspot für die Offshore-Windenergie mit großen Chancen, Windkraft und grünen Wasserstoff direkt im Meer effizient und umweltfreundlich zu verbinden.“ Mit dem kontinuierlichen Ausbau von Offshore-Windkraft von 15 Gigawatt auf 20 Gigawatt bis 2030 und 40 Gigawatt bis 2040 könne Deutschland den Weg für einen verlässlichen Ausbau der Windenergie auf See freimachen und zugleich ein „Technologie-Pionier“ werden.



Offshore-Windkraft ist ein wichtiges Modul bei der Energiewende.

Rossmann: „Verlässlichkeit und Planbarkeit sind wichtige Voraussetzungen für diese milliardenschweren Umwelt- und Klima-Investitionen und den Aufbau von Kapazitäten an Produktion, Technik und Schiffen.“ Auch die Fachkräfte für Installation und der Pflege der Anlagen-Parks müssten langfristig ausgebildet werden. Rossmann: „Hier können viele sichere Arbeitsplätze in der Zukunft entstehen.“

Für Helgoland sieht der Abgeordnete besondere Chancen in dem „Dreisprung“ von Erzeugung, Sammlung und Weiterleitung von Wasserstoff aus Windkraft. Der Abgeordnete ist überzeugt, dass die Verbindung von Forschung und moderner Technik, die auf Helgoland schon eine lange Tradition hat, auch für die Energiepolitik der Zukunft weiter Modellcharakter haben kann. Rossmann: „Bürgermeister

Jörg Singer und sein Team verdienen alle Unterstützung, Helgoland noch mehr, als es bisher schon erreicht werden konnte, in eine klimafreundliche Insel zu verwandeln.“ Einen ersten Austausch zu den Details der Überlegungen von Verwaltung, Unternehmen und Wissenschaft hatten Bürgermeister und Bundestagsabgeordneter bereits Anfang Juni bei einem Inselbesuch des Abgeordneten.

Bildungsbericht offenbart Versäumnisse beim Grundschul-Ganztag „Für Frau Prien gilt: Klassenziel gefährdet!“

Zum Ende des Regelschuljahres gab es für Schleswig-Holsteins Schulministerin Karin Prien (CDU) bei der Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich schlechte Noten. „Die Ministerin muss schnellstens in die Puschen kommen, sonst kann sie die versäumte Vorbereitungszeit nicht mehr aufho-

len“, mahnt SPD-Bildungsexperte Ernst Dieter Rossmann. Ein Blick in den Bildungsbericht 2020 belegt: Unter den Bundesländern hat der Norden in der Ganztagsversorgung die zweitgrößte Angebotslücke. „Der Rechtsanspruch auf die Grundschul-Betreuung kommt aber 2025. Das ist durch den

Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD Koalition seit mehr als zwei Jahren fest. Frau Prien ist drauf und dran, die Vorbereitung darauf zu verstoßeln“, mahnt der Vorsitzende des Bundestags-Bildungsausschusses. Im Nationalen Bildungsbericht 2020 wird für den Norden für

das Jahr 2025 von einer Bedarfsquote von 53 Prozent ausgegangen. „Das Angebot liegt in Schleswig-Holstein aber erst bei 31 Prozent“, berichtet Rossmann. „Da klafft eine Lücke von 26000 Plätzen, die sich nicht ohne Vorarbeit und längere Planung schließen lässt.“

EIN BAUSTEIN FÜR EUROPA

IN DER EU WACHSEN DIE NETZWERKE VON HOCHSCHULEN.
DAS IST GUT SO, ABER NICHT BILLIG ZU HABEN.

Gastbeitrag von Ernst Dieter Rossmann (SPD) und Kai Gehring (Grüne)
in der Frankfurter Rundschau vom 1. Juli 2020

Was hält uns Menschen in 27 EU-Staaten zusammen? Wer positive Antworten auf diese Frage sucht, muss sich aufmachen und die Vielfalt Europas kennenlernen. Ein neues Projekt für europäischen Gemeinsinn können die europäischen Universitäten sein.

Diese Idee von Emmanuel Macron aus seiner berühmten Sorbonne-Rede vom 26.9.2017 muss zwar noch zeigen, ob sie langfristig das gleiche Gewicht entwickeln kann wie das Erasmus-Programm, das seit rund 30 Jahren Europäerinnen und Europäer verbindet. Aber aus der zentralistischen Idee, einzelne Universitäten zu un-

terstützen, ist inzwischen ein besser zu Europa passendes Modell eines Netzwerks geworden.

Immmerhin 17 europäische Hochschulnetzwerke unter Beteiligung von 114 Hochschulen aus 24 EU-Mitgliedstaaten gibt es bereits und im Juli 2020 sollen noch einmal bis zu 24 weitere Hochschulallianzen hinzukommen. Es ist vor allen Dingen ein Bottomup-Ansatz der Selbstbestimmung, Kreativität, Vielfalt und Regionalität.

Die institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen soll systematisch, strukturell und nachhaltig entwickelt werden. Es soll ein europäischer Campus mit gemeinsamen Curricula entstehen und europäische und interdisziplinäre Wissenschaftsteams sollen gemeinsam gesellschaftliche Herausforderungen angehen.

Die Kommission erwartet von diesen europäischen Hochschulen zu Recht, dass sie institutionell stärker zusammenwachsen bis hin zur gemeinsamen Vergabe von Abschlüssen und einer abgestimmten Einstellung von Professorinnen. Damit sind sie als zentrale Bausteine der gemeinsamen europäischen Bildungsstrategie zu verstehen, die auch starke Verbindungen zu Forschung, Innovation und Wissenstransfer sowie zur Gesellschaft insgesamt aufweisen müssen.

Nicht zuletzt sollen die europäischen Hochschulen Antreiber von Wissenschaftsfreiheit sein. Sie

sollen zeigen, welche Erfolge, welche Innovationen und welche Erkenntnisfortschritte möglich sind, wenn Menschen in Freiheit und im Zusammenspiel mit der Gesellschaft nach den besten Lösungen für die Zukunft der Menschheit suchen.

Das Erasmus Konzept der europäischen Identität aus Mobilität und Begegnung wird mit den europäischen Hochschulen um die institutionelle Dimension erweitert. Europas innere Kräfte sollen gestärkt werden, denn die Identifikation der nachwachsenden Generationen mit Europa ist hierfür unverzichtbar. Oder wie es der frühere französische EU-Kommissionspräsident Jacques Delors ausdrückte: Niemand verliert sich in eine Währung und Sicherheit und Wohlstand alleine schaffen keine europäische Identität und kein Gefühl von Gemeinsamkeit und Verantwortung.

Mit Stolz verweist die Programmorganisation darauf, dass nicht nur klassische Universitäten, sondern auch andere Hochschulformen Teil dieser Netzwerke sind. Trotzdem fällt die Dominanz von Universitäten auf, während Kunsthochschulen und insbesondere Hochschulen für angewandte Wissenschaften eher die Ausnahme sind.

Das muss anders werden, allein aufgrund der Anerkennung der Gleichwertigkeit der verschiedenen Hochschultypen, aber auch wegen der kreativen Reibung, die in Netzwerken aus Diversität entstehen kann.

Eine Schlüsselrolle im europäischen Bildungsraum der Zukunft kommt auch dem Lehreraustausch sowie der Lehreraus- und -weiterbildung zu, bis hin zum Leitbild des Europa-Lehrers.

In den Hochschulnetzwerken soll sich außerdem das ganze Europa abbilden, weshalb die Vorgabe, dass mindestens eine osteuropäische und eine südeuropäische Hochschule Teil eines europäischen Hochschulnetzwerkes sein müssen, sehr ernst genommen und noch ausgebaut werden sollte. Und: Gehören in diese Netzwerke nicht auch zwingend konkrete Partnerschaften zu außereuropäischen Hochschulen aus Entwicklungs- und Schwellenländern? Europa darf sich nicht selbst genügen, wo doch Weltoffenheit und gemeinsame Verantwortung zu seiner Identität gehören.

Damit das möglich ist, müssen nicht nur Idee und Konzept, sondern auch die finanzielle Unterstützung nachhaltig sein. "Im Durchschnitt rund 250 000 Euro pro beteiligter Hochschule und Jahr in der dreijährigen Startphase sind sicherlich mehr Anerkennung von Idealismus als Beitrag zu einer soliden Struktur. Hier muss zwingend nachgelegt werden.

Mit den Beratungen zum europäischen Finanzrahmen haben die europäischen Institutionen und die Mitgliedsstaaten die große Chance, aus der bewegenden Idee von Macron einen tragenden Baustein für das Europa von morgen zu machen. Sie müssen es tun.

Die Autoren

ERNST DIETER ROSSMANN



(SPD) ist Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages.

KAI GEHRING



(Grüne) ist Kai Gehring ist Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Grüne für Forschung, Wissenschaft und Hochschule.

Foto: Kai Gehring

IN ZEITEN VON CORONA: ES SCHLÄGT DIE STUNDE DER WISSENSCHAFTSERKLÄRER

Gastkommentar von Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD) und Stefan Kaufmann (CDU)
in der „Welt“ vom 2 Juni 2020.

Noch nie war es so wichtig, wie Wissenschaft und Forschung kommuniziert werden – besonders für Politiker, die aufgrund der Ergebnisse Entscheidungen treffen müssen. Wir müssen die fachkundige Beratung absichern.

Wir alle leben aktuell mit, von und über Kommunikation von Wissenschaft und Forschung. Das wird bei dieser Pandemie länger noch so bleiben. Als Beratung für die demokratisch legitimierten politischen Entscheidungsträger zu Fragen der Virologie und Bekämpfung der Pandemie. Als Aufklärung für die breite Öffentlichkeit über die wissenschaftliche Begründung von getroffenen und möglichen weiteren Maßnahmen des Gesundheitsschutzes.

Als Orientierungsinstanz zur Einordnung der Corona-Pandemie in ethische, politische, ökonomische und ökologische Zusammenhänge. Und, im Schluß von Wissenschaft und Journalismus, als Dialogpartner für besorgte und verunsicherte Bürgerinnen und Bürger sowie für eine engagierte Zivilgesellschaft.

Die Stunde der Wissenschaft, in der Forschungseinrichtungen sowie einzelne Wissenschaftler mehr denn je Gesicht und Popularität bekommen, ist zugleich die Stunde des Wissenschaftsjournalismus. Jedoch beobachten wir seit einiger Zeit die Paradoxie, dass mit dem wachsenden Bedeutungszuwachs an Wissenschaft und Forschung eine schwieri-

ger werdende ökonomische und berufsständige Lage des Wissenschaftsjournalismus einhergeht. Das wirft grundsätzliche Fragen auf und verlangt konkrete Konsequenzen. Drei zentrale Handlungsfelder sind jetzt schon absehbar.

Vertrauen und Verstehen stärken

Jenseits der kleinen Gruppe von Wissenschaftsverächtern und Fake-News-Gläubigen gelten die Erkenntnisse von exzellenter Wissenschaft und deren praktische Umsetzung als unverzichtbar. Forschung ist ein Hoffnungsträger. Wissenschaft gewinnt Integrität durch die realistische Selbsteinschätzung ihrer Möglichkeiten und Grenzen und durch offene wissenschaftsgeleitete Kontroversen.

Daher brauchen wir mehr Wissenschaftskommunikation in Ausbildung und Reputationssystemen sowie besondere Funktionsstellen in Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Bundesministerin Anja Karliczek spricht sich sehr klar dafür aus, „dass Wissenschaftskommunikation grundständig im Wissenschaftssystem verankert wird“. Das verdient Unterstützung.

Fachkundige Beratung fördern

Wie lassen sich Wissenschaft und Forschung in der wissenschaftsbasierten Politikberatung noch besser nutzen für aktuelle Fragestellungen, aber in der Antizipation von Zukunftschancen und Problemen – schnell, fundiert und reflek-

tiert? Der neue Präsident der Nationalen Akademie der Wissenschaften Gerald Haug stellte bei seiner Amtsübernahme die neue „Querschnittseinheit Wissenschaftstransfer“ der Leopoldina vor, die Aufgaben einer Taskforce in der Politikberatung mit modernen Methoden der Wissenschaftskommunikation verbindet.

Drei Ad-hoc-Stellungnahmen zur Corona-Pandemie hat die Leopoldina hiermit vorgelegt, Kritik hieran hin oder her. Es war ein mutiger Vorstoß, Politikberatung und öffentliche Orientierung problembezogen komplex anzugehen. Hierauf wird aufzubauen sein.

Wissenschaftsjournalismus absichern

Kenner der Szene befürchten, dass Wissenschaftsjournalismus im Wandel der Medienwelt seine unersetzbaren Funktionen mit Qualität und Breitenwirkung ohne zentrale Förderinstitution nicht mehr lange erfüllen kann. Es ist ein Kernbestandteil der freiheitlichen Demokratie, die Unabhängigkeit von Wissenschaft und Forschung wie von Medien und Journalismus von Staatsseite sensibel zu behandeln.

Unser Verfassung führt diese beiden Grundfreiheiten im gleichen Artikel 5 auf und schweißt sie damit zugleich zusammen. Renommiertere Wissenschaftler wie der Chef des Geoforschungszentrums Potsdam und langjährige Acatech-Präsident Reinhard Hüttl, aber auch Or-

ganisationen wie die Wissenschaftspressekonferenz regen deshalb zur Förderung des Wissenschaftsjournalismus ein staatsfernes Stiftungsmodell in öffentlich-privater Partnerschaft an. Hierzu muss jetzt zügig eine konstruktive und ergebnisoffene Diskussion ohne Denkverbote geführt werden.

Eine simples „Weiter so“ in der Wissenschaftskommunikation wird jedenfalls nicht die passende Antwort sein können, wenn sich die Politik nicht dem Vorwurf der „unterlassenen Hilfeleistung“ aussetzen will. Wissenschaftskommunikation ist systemrelevant. Sie braucht nachhaltige Förderung.

Die Autoren

ERNST DIETER ROSSMANN

(SPD) ist Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages.



STEFAN KAUFMANN

(CDU) ist Vorsitzender der Bundestags-Enquetekommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“.



Foto: DBT, Inga Haar

Das politische Zitat

„Die Partei, die hundertprozentig meinen Vorstellungen entsprach, hätte wahrscheinlich nur aus mir selbst bestanden.“

(Hans-Jochen Vogel)

Richtigstellung!

Der Gipfel mit Julia Klöckner

Gerade war „Fleischgipfel“ - wegen Corona nicht auf der Internorga oder der Grünen Woche, sondern bei Julia Klöckner. Die Bundeslandwirtschaftsministerin von der CDU hatte plötzlich entdeckt, dass es in der Schlacht- und Zerlegeindustrie so viele schwarze Schafe gibt, dass selbst Clemens Tönnies mit dem Verarbeiten nur schwer hinterher käme. Krisengespräch also. Auf ihre Einladung hin kamen zwei Landeslandwirtschaftsministerinnen und die Vertreter der Branche. Außerdem Verbraucherschützer, das Kartellamt und Tierschützer. An Gewerkschaften und Betriebsräte hatte die Ministerin nicht gedacht. Sie mussten sich selbst einladen. Vielleicht hatten diese den Stellenwert der Arbeitsbedingungen bei der aktuellen Krise auch schlicht überinterpretiert? Oder doch nicht? Kleiner Tipp: Das Virus ist böse. Aber es lügt nicht.



Das kleine Politlexikon

Heute: Nichteln

Eine Verwirrung stiftende rhetorische Figur. Das N. bedient sich des tiefen menschlichen Wunsches nach einer logischen Sprache im Umfeld dialektaler Übertreibungsformen: Wo ma-

thematisch begabte Menschen davon ausgehen, dass Minus mal Minus Plus ergibt und mithin eine doppelte Verneinung eine Aussage ins Positive wendet, sind Angehörige oberdeutscher Stämme häufig der Auffassung, dass eine vielfache Verneinung die Ablehnung bekräftigt. So gilt der Satz „Niemand hat zu keinem Zeitpunkt niemals nichts gewusst“ als einer der häufigsten Sätze von CSU-Generalsekretären in Krisensituationen. In einem aktuellen Fall sorgte Bundestagspräsident Schäuble für Erstaunen, als er den der Korruption verdächtigten CDU-Abgeordneten Amthor mit der Aussage verteidigte, er könne „nicht erkennen, dass dieser sich an irgendeine der geltenden Regelungen nicht gehalten“ hat. Während die Einen nun vermuten, Schäuble habe ein „Nicht“ zuviel gesagt, gehen andere - süddeutsche - Beobachter davon aus, dass die geringe Zahl an „Nichts“ quasi als Distanzierung zu werten ist. Wiederum Andere erinnern den CDU-Politiker an eine alte Spendenaffäre seiner Partei und fragten, was eigentlich damals in seinem Koffer gewesen sei. Vermutlich: „Nichts.“

Kurz notiert: Der Bewegungsmelder

Viel in der Wahlkreisarbeit geht aktuell noch digital oder per Video. Das galt in diesem Jahr leider auch für die Aktionen zum 1. Mai: Für Ernst Dieter Rossmann aber auch beim Netz-Auftritt ein gerne wahrgenommener Solidaritätstermin +++ Als Video-



Andreas Rimkus.

Schalte fand am 2. Juni auch eine lange geplante Veranstaltung mit den Jusos des Kreises Pinneberg statt: „Wasserstoff-Treibstoff der Zukunft?“ mit dem Experten Andreas Rimkus aus der SPD-Bundtagsfraktion. Dem Zuspruch und der inhaltlichen Tiefe der Veranstaltung tat das Format keinen Abbruch +++ Einer der ersten Präsenztermine

Krise. Und Trotz Abstandhaltens zeigte sich viel inhaltliche Nähe, wenn es um die Anliegen des Kreises ging +++ Die Sorgen der Kommunen standen auch im Mittelpunkt einer Videokonferenz der Kreis-SPD zum Konjunkturpaket.



Abgeordnetenbesuch bei Landrat Stolz.

dem auch bei seinem Team findet immer noch Einiges im Home-Office statt. So entstand die vorliegende Ausgabe des „Elbblicks“ weitgehend am Gründerzeitsekretär von Wahlkreis-Büroleiter Jens von Häfen. Im Hintergrund Dieter Rossmann Glücksschwein +++



1. Mai – Rossmann war dabei.



SPD-Videokonferenz zum Konjunkturpaket.

nach dem strengen Lockdown war der gemeinsame Besuch von MdLs und MdB beim Kreis Pinneberger Landrat Ende Mai. Den Abgeordneten war dabei besonders wichtig: Lob für die Arbeit der Kreisverwaltung während der Corona-

und Landtagsabgeordnete und Finanzexpertin Beate Raudies berichteten, wo Olaf Scholz' „Wumms“ vor Ort helfen kann +++ Nicht nur beim Abgeordneten, son-



Ziemlich leger: Jens von Häfen im Homeoffice.